



# **Bilanz**

## **Unsere Stadt verdient mehr!**

### **Bilanz der BSW-Ratsfraktion im Rat der Stadt Oldenburg**

Seit Januar 2024 ist das BSW mit einer vierköpfigen Fraktion im Oldenburger Stadtrat vertreten. Wir machen eine bürgernahe Politik ohne ideologische Scheuklappen. Unser Anspruch ist es, eine vernunftbetonte und gerechte Linie zu verfolgen. Wir haben die Stadtverwaltung und den Oberbürgermeister immer kritisch, aber konstruktiv mit eigenen Vorschlägen begleitet. Wir wollen eine Stadt, in der jeder Mensch mit jedem Menschen auf Augenhöhe reden kann.

Ein gutes soziales Zusammenleben lebt auch davon, dass man andere Meinungen respektiert. Das heißt nicht, dass man mit allem einverstanden sein muss, aber wir wollen Politik in geistiger Offenheit diskutieren.

Wir sind in Oldenburg in allen Politikbereichen aktiv für unsere Stadt. Wir wollen das Leben der Menschen mit konstruktiven Anträgen verbessern. In dieser Broschüre stellen wir gegenüber, welche Ziele wir mit unserer Ratspolitik verfolgen, was wir gemacht haben und wo wir hinwollen, gegliedert nach sieben Bereichen:

- 1 Wirtschaft und Soziales**
- 2 Bezahlbares Wohnen und Stadtentwicklung**
- 3 Bildung und Jugend**

- 4 Umwelt und Klimaschutz**
- 5 Verkehr**
- 6 Kultur und Sport**
- 7 Bürgernähe, Demokratie und Transparenz der Verwaltung**

# Wirtschaft und Soziales

## Unsere Ziele:

Wir treten für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ein und wollen soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Niemand darf zurückgelassen werden. Wir treten für eine am Gemeinwohl orientierte Politik ein. Die kommunale Daseinsvorsorge darf nicht durch Privatisierungen untergraben werden. Wir wollen, dass die Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand nur an solche Unternehmen erfolgen darf, die die tariflichen Bestimmungen und Arbeitsbedingungen der jeweiligen Branche einhalten. Eine soziale Politik und eine erfolgreiche und innovative Wirtschaft müssen kein Gegensatz sein.

## Was haben wir gemacht?

Bei den Haushaltsberatungen haben wir für die meisten von der Verwaltung vorgenommenen Kürzungen bei sozialen Einrichtungen eine Rücknahme gefordert. Bei der Begleitung älterer Menschen im Alltag, der Trauerbegleitung von Menschen, die Angehörige verloren haben und bei der Unterstützung von Gewaltopfern darf nicht gespart werden. Einer von der Verwaltung geplanten Erhöhung der Elternbeiträge bei der Mittagsverpflegung an den Schulen hat das BSW ebenfalls eine Absage erteilt. Darüber hinaus sah der alternative Haushaltsentwurf des BSW entsprechend den Vorschlägen des Personalrats der Stadt die Aufstockung von Personalstellen bei der Feuerwehr, bei Springerkräften in den Kindertagesstätten und bei den Hausmeistern vor. Bei der Bildung, der Kinderbetreuung und der Sicherheit darf nicht gespart werden.

Einsparungen bei Investitionen sind Gift für unsere lokale Wirtschaft. Sparmaßnahmen bei sozialen Einrichtungen gefährden Arbeitsplätze. Wir fordern eine Politik, die die Kaufkraft fördert und eine gute soziale sowie wirtschaftliche Entwicklung unterstützt.

Die BSW-Ratsfraktion hat im Rat der Stadt Oldenburg einen Antrag eingebracht, der vorsah, dass die Stadt sich dafür einsetzt, dass für die beschäftigten



# Bezahlbares Wohnen und Erhalt gewachsener Strukturen

## Unsere Ziele:

Wir wollen zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die ständigen Mietsteigerungen müssen beendet werden. Das gilt auch für die Preissteigerungen der Boden- und Baupreise, damit sich Familien auch wieder eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus leisten können. Die sicherlich notwendige Verdichtung der Stadt mit weiteren Wohngebäuden muss verträglich mit der Umgebung erfolgen.

## Was haben wir gemacht?

Bei den Haushaltsberatungen hat die BSW-Fraktion mehr Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in ihren Alternativhaushalt beantragt. Sie hat erfolgreich mit anderen Fraktionen eine stärkere Sozialbindung bei Neubauvorhaben eingeführt.

Unter wesentlicher Mitwirkung des BSW beschloss der Rat der Stadt Oldenburg in seiner Sitzung am 15.04.2024 mehrheitlich die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft zur Förderung des Gemeinnützigen Wohnungsbaus, was zwei Vorteile hat: 1) Sie arbeitet nicht gewinnorientiert. 2) Die Stadt kann auf eigenen Grundstücken bauen, womit ein großer Kostenfaktor, nämlich der starke Anstieg der Bodenpreise, entfällt. Wir waren in dieser Frage der Taktgeber. Waren die anderen Parteien unseren Anträgen früher gefolgt, hätten wir schon lange eine arbeitsfähige städtische Wohnungsgesellschaft haben können!

Die BSW-Fraktion fordert für Oldenburg dringend eine Zweckentfremdungssatzung, mit der die Stadt endlich eine Handhabe hätte, gegen leerstehenden Wohnraum wie dem seit Jahren leerstehenden Hermann-Ehlers-Haus, vorzugehen. Die Stadt könnte anordnen, dass das Gebäude wieder bewohnbar



gemacht werden muss oder dass eine zu ahndende Ordnungswidrigkeit vorliegt, wenn Wohnraum länger als sechs Monate nicht genutzt wird. Eine Zweckentfremdungssatzung könnte also auch präventiv wirken, weil sie Eigentümer davon abhalten würde, Wohnraum brachliegen zu lassen.

Wir haben es nicht abgelehnt, neue Bauflächen auszuweisen. Im städtischen Bauausschuss haben wir in vielen Fällen durchsetzen können, dass Nachverdichtungen maßstabsgerecht erfolgen und vielerorts ein Ensemble-Schutz für bestehende Bebauungen durchgesetzt wird.

## Wo wollen wir hin?

Wir möchten einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt schaffen, damit Vermieter nicht länger die Bedingungen bestimmen und die Mieten laufend erhöhen können.

Wir wollen deshalb eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau einleiten. Die neu gegründete städtische Wohnungsgesellschaft muss zum Laufen gebracht und mit mehr Kapital ausgestattet werden. Sie sollte eng mit der GSG zusammenarbeiten.

Die Stadt soll für den Wohnungsbau neue Grundstücke nach dem Modell der Stadt Münster erwerben, d.h. ein neues Baurecht für private Grundstückseigentümer gibt es nur, wenn vorher ein Teil der Flächen an die Stadt verkauft worden ist.

Die Fluktuation, das heißt die Bereitschaft in eine kleinere Wohnung umzuziehen, muss durch geeignete Förderungen erhöht werden, zum Beispiel durch eine bessere Bereitstellung von seniorengerechten Wohnungen, Hausgemeinschaften und generationsübergreifendem Wohnen gegen Hilfe.

Wir wollen verhindern, dass aus Profitgründen unmaßstäblich gebaut wird. Nachverdichtungen wie Neubaugebiete müssen sich in die Stadtlandschaft einfügen.

# 3 Bildung und Jugend

## Unsere Ziele:

**Wir wollen Bildung für alle und Chancengleichheit im Schulsystem. Jedes Kind muss entsprechend seiner Begabungen gefördert werden. Alle Kinder sollten spätestens am Ende der Grundschulzeit schwimmen können.**

Die Kommunen und Regionen haben die Aufgabe, für eine gute Ausstattung der Schulen und Berufsschulen zu sorgen. Die Kommunen müssen alle Anstrengungen unternehmen, um bauliche Mängel an den Schulgebäuden zu beheben. Die Stadt Oldenburg muss dafür sorgen, dass die Anzahl des Schulpersonals in kommunaler Verantwortung, dazu gehören insbesondere die Hausmeister, Schul-Sozialarbeiter, Reinigungs- und Verwaltungspersonal, den Forderungen des Personalrates entspricht, damit die Lehrerinnen und Lehrer sich auf ihren Unterricht konzentrieren können und nicht mit Verwaltungsaufgaben überfrachtet werden.

Wir wollen die Jugendförderung stärken durch mehr Freizeitstätten und neue Formen der Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen.

## Was haben wir gemacht?

Die BSW-Ratsfraktion hat erfolgreich die Resolution „Unterrichtsversorgung auch an Oldenburger Schulen durch Weiterbeschäftigung von 2.400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Niedersachsen sichern“ in den Oldenburger Stadtrat eingebracht, die mit Mehrheit beschlossen wurde.

Den Vorschlag der Verwaltung für den Neubau einer Grundschule an der Theodor-Heuss-Straße als Ersatz für die Grundschule Wechloy am Küpkersweg hat die BSW-Fraktion befürwortet. Mit der Grundschule an der Theodor-Heuss-Straße würde der steigenden Schülerzahl im Stadtwesten und der damit erhöhten Nachfrage nach Grundschulplätzen Rechnung getragen werden. Damit würden soziale Spaltungstendenzen, die sich auch in Oldenburg beobachten lassen, durch ein breiteres Einzugsgebiet der Schülerschaft abgebaut werden.

Außerdem würde durch kürzere Schulwege für die Schülerinnen und Schüler die Verkehrssicherheit



4

# Umwelt und Klimaschutz

## Unsere Ziele:

**Die BSW-Fraktion im Oldenburger Stadtrat bekennt sich klar zum Klimaschutz und zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. Wir wollen auf kommunaler Ebene einen Beitrag dazu leisten, die Folgen des Klimawandels zu minimieren und die Umwelt zu erhalten. Das ehrgeizige Ziel bis 2035 in Oldenburg klimaneutral zu werden, wird nicht erreicht werden können. Wir brauchen einen Neuanfang mit einem realistischen Fahrplan.**

## Was haben wir gemacht?

Wir wollen die Wälder robuster gegenüber der Erderwärmung und längeren Hitzeperioden machen und Deiche verstärken. Da Wälder langfristig CO<sup>2</sup> binden, ist eine deutliche Waldaufforstung anzustreben. Die BSW-Fraktion hat dafür jeweils Mittel für den Haushalt gefordert.

Die BSW-Fraktion hat die Ausweisung von Flächen nördlich der Bornhorster Seen für Windkraftanlagen kritisiert. Die Anlagen werden den Vogelflug von den für Nist und Rast von vielen Vogelarten wichtigen Schutzgebiet Bornhorster Wiesen zu den Äsungsgebieten Gellener- und Ipweger Moor empfindlich stören. Wir sind der Ansicht, dass in den umliegenden Landkreisen, beispielsweise entlang der Autobahnen, genug Platz für Windkraftanlagen zu finden ist, die Siedlungsgebiete nicht so stark betreffen wie in Oldenburg.

Grundsätzlich befürwortet die BSW-Fraktion eine Baumschutzsatzung. Die im Rat beschlossene Satzung ist aber überreguliert und auch strenger als die alte Oldenburger Baumschutzsatzung von 1997. Die Möglichkeit, in begründeten Fällen eine Befreiung vom Erhaltungsgebot eines Baumes zu beantragen, ist viel enger gefasst worden als in der alten Satzung und kann nur im Fall einer „unzumutbaren Belastung“ erteilt werden. Wenn ein Baum im Laufe der Zeit in einem kleinen Garten einfach zu groß geworden ist und den Rest des Gartens weitgehend in den Schatten stellt oder dem Anbau



eines Wintergartens oder einer Terrasse im Wege stehen würde, würde die Befreiung wahrscheinlich nicht erteilt werden können. Wenn ein Baum krank ist oder von ihm eine Gefahr für Personen oder Sachen ausgeht, ist eine Ausnahmegenehmigung möglich; der jeweilige Eigentümer muss dann eine Ersatzpflanzung vornehmen. Wenn diese aber aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist, muss der Eigentümer eine Ausgleichszahlung von 1.500 Euro leisten. Die Durchführung nicht fachgerechter Pflegemaßnahmen wird mit einem Bußgeld belegt. Das ist bürokratische Willkür! Die Baumschutzsatzung sollte deshalb überarbeitet und bürgerfreundlicher ausgestaltet werden. Das würde dem Naturschutz und dem Klima mehr dienen.

## Wo wollen wir hin?

Klimaneutralität kann nicht lokal begrenzt und allein mit den Mitteln der Kommunalpolitik hergestellt werden. Ein Riesenschritt zur Schonung des Klimas wäre die Vermeidung weiterer Aufrüstung und eine Außenpolitik, die auf Frieden und Verständigung mit Russland setzt. Die endlose Verlängerung des Krieges in der Ukraine mit immer mehr Waffenlieferungen fordert nicht nur unzählige menschliche Opfer. Diese Politik ist auch eine Versündigung am Klimaschutz.

Wir möchten realistische Ziele zum Klimaschutz durchsetzen. Oldenburg hat eine viel zu kleine Waldfläche. Ein Aufforstungsprogramm würde CO<sup>2</sup> binden.

Der Öffentliche Personennahverkehr muss gefördert werden. Solange hier nichts Grundlegendes passiert, gibt es für viele keine Alternativen zum Auto.

Oldenburg benötigt am Rande der Stadt an den Ausfallstraßen Park-and-Ride Plätze, von wo aus die Besucher der Stadt kostenlos mit dem Bus in die Innenstadt fahren können.

# 5 Verkehr



## Unsere Ziele:

**Wir wollen die notwendige Verkehrswende so gestalten, dass der Öffentliche Personenverkehr (ÖPNV) stärker gefördert wird; ebenso der Radverkehr. Wir lehnen allerdings ideologische Diskriminierungen und Schikanen gegenüber dem Autoverkehr ab. Nach wie vor steigende Zahlen der Neuzulassungen von PKWs kann und darf man nicht ignorieren.**

## Was haben wir gemacht?

Die BSW-Fraktion hat die Erhöhung der Bus-Fahrpreise um 7,5% abgelehnt. Sie konnte sich damit gegen die Mehrheit im Rat nicht durchsetzen. In einer Zeit, in der vieles teurer wird und die Löhne nicht im Gegenzug entsprechend steigen, ist das eine unsoziale Entscheidung, außerdem ein völlig falsches Signal, weil es jetzt darauf ankommt, durch niedrige Ticketpreise Anreize zur Benutzung der Busse zu setzen. Die Fraktion hat in mehreren Haushaltsberatungen beantragt, den Öffentlichen Personennahverkehr durch ein Sozialticket attraktiver zu machen – so wie dies z.B. die Stadt Köln seit Jahren macht.

Die BSW-Fraktion hat bei allen Haushaltsberatungen vorgeschlagen, die Mittel für den Ausbau und die Unterhaltung des Fahrradnetzes zu verbessern, was hiermit aber nur teilweise erfolgreich.

Plänen der Verwaltung, ohne Not den Autoverkehr zu schikanieren, haben wir eine klare Absage erteilt. So lehnen wir es ab, an viel befahrenen Straßen wie z.B. an der Nadorster Straße die Bushaltespur zu beseitigen, wie es die aktuellen Planungen der Verwaltung vorsehen oder den vom Stadtsüden kommenden Verkehr zum Pferdemarkt nur noch über zwei Spuren zu führen. Der geplante Wegfall der Straße Staugraben wird nur Verkehrsstaus provozieren, was wiederum klimaschädlich ist.

Zum Antrag von Grünen und SPD, Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen einzuführen, konnten

wir einen Änderungsantrag durchsetzen, der bestimmt, dass dieses Vorhaben nach einem Jahr der Erprobung auf den Prüfstand muss. Nur wenn durch diese Maßnahme eine überprüfbare Reduzierung des Straßenlärms erreicht wird und sich die damit einhergehende Belastung des motorisierten Verkehrs – einschließlich der Busse – in vertretbaren Grenzen hält, sollte die Tempobegrenzung fortgesetzt werden.

Die BSW-Fraktion hat den mit drastischen Gebührenerhöhungen verbundenen Stufenplan zur Anhebung der Parkgebühren in Oldenburg in den nächsten Jahren abgelehnt. Jetzt scheinen SPD und Grüne hier teilweise zurückzurudern.

## Wo wollen wir hin?

Langfristig sollte der Bus-Verkehr fahrerscheinlos möglich sein – so wie es gegenwärtig schon in Luxemburg der Fall ist. Ein erster Schritt zu diesem Ziel wäre ein Sozial-Ticket, wonach Benutzer des Busses zum halben Tarif fahren können, wenn sie die Oldenburg-Card, die für Menschen mit kleinem Einkommen ausgestellt wird, vorzeigen. Fahrpreiserhöhung bei der VWG lehnen wir ab.

Das Netz des Nahverkehrs muss entsprechend dem Wachstum der Stadt ausgeweitet werden. Die Busse sollten auch häufiger fahren.

Die Überführung der Bahnstrecke in Krusenbusch für Fußgänger und Fahrradfahrer muss mit Fahrstühlen auf beiden Seiten nutzerfreundlich neugestaltet werden. Dies ist die einzige Option, die kurzfristig zu einer Verbesserung der Situation beiträgt.

Der Umbau des Pferdemarktes muss so gestaltet werden, dass die für den Wochenmarkt wichtigen Parkplätze erhalten bleiben und der Verkehrsfluss der Straßen nicht durch künstliche Hindernisse behindert wird, was nur zu Staus und stockenden Verkehr führt.

# 6 Kultur und Sport

## Unsere Ziele:

**Wir wollen die Kultur in ihrer Vielfältigkeit fördern, an der alle teilhaben können. Dazu gehört auch die Förderung des Breitensports und die Organisation gut besuchter Veranstaltungen des Spitzensports. Die Mitgliedschaft in Sport- und anderen Vereinen muss für jeden Menschen, insbesondere jedes Kind leistbar sein. Das sehen wir auch als eine Aufgabe der Kommunen an.**

## Was haben wir gemacht?

Wir haben bei den Haushaltsberatungen Anträge gestellt, die die Vielfalt des kulturellen Angebots der Stadt nachhaltig unterstützen.

Wir haben Anträge zur Verbesserung des Breitensports unterstützt. z.B. den Neubau einer Halle des VfL an der Rebenstraße oder die Bereitstellung eines zusätzlichen Fußballfeldes für den TUS Eversten auf der Hundsmühler Höhe.

Gegen den Widerstand von Grünen und zwei Einzelkämpfern im Rat haben wir auf der Sitzung des Rates am 15.04.2024 zusammen mit anderen Fraktionen durchgesetzt, dass auf dem Gelände der Weser-Ems-Halle ein Fußballstadion mit 10.000 Besucherplätzen gebaut wird, weil das Marschweg-Stadion aus rechtlichen, verkehrlichen und sportlichen Gründen nicht mehr geeignet ist. Hierbei haben wir die Interessen des Publikums im Blick, für das ein attraktives hochklassiges Fußballangebot vorgehalten werden sollte.

Den Bau des neuen Flötenteichbades, dessen Baukosten entgegen der ursprünglichen Planung von knapp 21 Millionen auf knapp 60 Millionen Euro explodiert sind, haben wir von Anfang an kritisch gesehen. Der ursprüngliche Plan sah vor, das Bad mit einem Cabrio-Dach zu versehen, so dass es für alle Wetterlagen gerüstet wäre und den Menschen mehr Wasserfläche zur Verfügung gestanden hätte, was vor allem für das Schwimmen lernen wichtig ist.

Gegen unseren Protest wurde das Vorhaben aber auf Wunsch der Grünen geändert, weil man auf ein Cabrio-Dach keine Photovoltaikanlage setzen kann. So wurde das ganze Projekt zu einem teuren Prestigeprojekt mit zusätzlichen Ausgaben



für Geothermie und einer schwimmenden Photovoltaikanlage auf dem Flötenteich. Diese Planung sollte zurückgenommen werden, um die Kostenexplosion zu verhindern und entsprechend der ursprünglichen Planung ein Bad mit Sommer- und Winterbetrieb bei ausreichender Wasserfläche zu ermöglichen.

## Wo wollen wir hin?

Wir wollen die kulturelle Vielfalt in der Stadt erhalten und Wege finden Kultur für alle Menschen der Stadt – auch finanziell – zugänglich zu machen. Das Gleiche gilt für den Sport. Wir wollen weiterhin den Breitensport durch zusätzliche Sporteinrichtungen wie Sportplätze, Kunstrasenflächen und Hallen unterstützen. Wir wollen alle vorhandenen und geplanten Schwimmhallen erhalten bzw. ausbauen und so viele Schwimmmeister beschäftigen, dass alle Kinder spätestens nach dem Ende der Grundschulzeit schwimmen können.

Die Mitgliedschaft in Sport- und anderen Vereinen muss für jeden, insbesondere jedes Kind, leistbar sein. Das sehen wir auch als eine Aufgabe der Stadt Oldenburg an.

Zur Kultur gehört nicht nur die sogenannte „Hochkultur“. Lokale Feierlichkeiten und Bräuche sind genauso wichtig und dürfen nicht durch woke Richtlinien eingeengt werden. Politik hat die Aufgabe, sprichwörtlich und im übertragenen Sinne Räume für die Kultur und den kulturellen Austausch zu schaffen. Die Stadt hat mit dem Programm „Raum auf Zeit“ begonnen. Dieses Programm setzt aber zu wenig auf die Bedürfnisse der Menschen, die nicht in dem Bereich, der als Kultur verstanden wird, etabliert sind. Die Förderung von Kultur sollte nicht nur auf etablierte Akteure ausgerichtet sein, sondern auch Neues zulassen. Das werden wir weiter einfordern.

Auch im Kulturbereich gibt es Ansätze von zu viel Bürokratie. Das betrifft nicht nur den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für Kultur und künstlerische Ideen, die den eigenen Vorstellungen entsprechen. Es wird vom Amt für Kultur die Schaffung einer Stelle zur Koordinierung des Nachtlebens geplant. Das lehnen wir ab. Wir wollen kein betreutes Feiern.

# Bürgernähe, Demokratie und Transparenz der Verwaltung



## Unsere Ziele:

**Wir wollen, dass die Verwaltung mit so viel Bürgerbeteiligung wie möglich geführt wird und Entscheidungen im Rathaus nicht hinter verschlossenen Türen erfolgen. Öffentlichkeit ist herzustellen, wo dies gesetzlich möglich ist. Demokratieprojekte, die von der Stadt gefördert oder unterstützt werden, müssen in geistiger Offenheit durchgeführt werden.**

## Was haben wir gemacht?

Der Oberbürgermeister hat bei seinem Amtsantritt ein „Neues Miteinander“ versprochen. Tatsächlich hat er aber Entscheidungen in Expertenrunden verlagert und die Unsitte eingeführt, politisch heikle Fragen mit dem Rat erst einmal unter Ausschluss der Öffentlichkeit

zu beraten, z.B. bei der Frage der Umgestaltung des Pferdemarktes oder der umstrittenen Einrichtung einer Städtepartnerschaft mit Des Moines (Iowa, USA). Wir haben erfolgreich die öffentliche Debatte eingefordert und werden dies weiterhin tun.

## Wo wollen wir hin?

Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung ausprobieren, z.B. durch ein Jugendparlament. Wir beteiligen uns an einer Arbeitsgruppe der Stadt, neue Formen der Beteiligung Jugendlicher an kommunalen Entscheidungen zu finden.

Wir haben immer darauf hingewirkt, Verwaltungshandeln transparent zu machen („gläsernes Rathaus“). Alle Fragen müssen in den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse öffentlich beraten werden, soweit dies gesetzlich möglich ist.

## Vernunft und Gerechtigkeit

### Die BSW-Ratsfraktion im Rat der Stadt Oldenburg

*Jahrgang: 1949  
Rechtsanwalt*

*Ausschüsse: Stadtplanung und Bauen, Integration und Migration, Sportausschuss und Jugendhilfeausschuss*



**Hans-Henning Adler**

*Jahrgang: 1971*

*Fraktionsvorsitzender  
Politikwissenschaftler  
Mitglied im Kulturausschuss, Verwaltungsausschuss, Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten, Sozialausschuss*



**Dr. Holger Onken**

*Jahrgang: 1972  
Theologe und Sozialpädagoge  
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, Schulausschuss, Betriebsausschuss  
Abfallwirtschaftsbetrieb, Verkehrsausschuss.  
Gremien: EWE- Netzbeirat*



**Jonas Höpken**

*Jahrgang: 1949*

*Hauswirtschaftsmeisterin  
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und internationale Beziehungen, Ausschuss für Stadtgrün, Umwelt und Klima, Betriebsausschuss Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft und Hochbau.*



**Christel Homann**

*Gremien: Mitglied in der Gesellschafterversammlung Weser-Ems-Halle, VHS- Gesellschafterversammlung*